

Schmeicheln um die Gunst der Mächtigen

Lobbyisten sind die „fünfte Macht“ im Staate, und ihr Einfluss wird in einem intransparenter werdenden Politikprozess immer stärker. Ihr Netzwerk umfasst „Experten“, Public Relations und Thinktanks.

Arno Maierbrugger

Die Franzosen haben ein vornehmes Wort dafür: „antichambrieren“, die hohe Kunst des Klinkenputzens. Das Wort kommt von Antichambre, französisch für Vorzimmer. Antichambrieren bedeutet also nichts anderes, als sich im Vorzimmer der Mächtigen und der Entscheidungsträger zu tummeln und dort um Gunst zu schmeicheln, was vom 18. Jahrhundert an auch ausgiebig betrieben wurde.

Die moderne Form des Antichambrierens ist der sogenannte Lobbyismus, der das Ziel verfolgt, Interessen von gesellschaftlichen Gruppierungen oder Unternehmen bei den politischen Entscheidungsträgern zu deponieren und dort eine Entscheidung zugunsten des Lobbyisten herbeizuführen.

Hatte Lobbyismus früher einen eher negativen Beigeschmack in Form von politischer Beeinflussung, Schmeichelei bis hin zur offenen Korruption, ist er heute – obgleich sich an den Methoden nichts geändert hat – mehr oder weniger akzeptiert, wird sogar offen als „Beruf“ oder zumindest als Rolle ausgeübt.

Politische Grauzone

Es handelt sich dabei um eine „politische Grauzone von Machtstrukturen und Einflussstrategien“, wie Thomas Dürmeier, Vorstand der Initiative Lobby Control mit Sitz in Köln, erklärt.

Allein in Brüssel, dem Sitz der EU-Verwaltung, soll es Schätzungen zufolge zwischen 15.000 und 20.000 Lobbyisten geben – alles Leute, die einen gewaltigen Einfluss auf die Entscheidungsstrukturen haben und dies mit den unterschiedlichsten Mitteln zu erreichen versuchen. Das beginnt bei den sogenannten „Informationsveranstaltungen“ für Parlamentarier mit Gratis-

Imbiss und Spesenersatz und geht bis zu „Nebeneinkünften“ oder anderen Begünstigungen für Volksvertreter, um ein bestimmtes Abstimmungsverhalten zu erreichen.

In den meisten Fällen sind „Netzwerke hinter den Kulissen“ tätig, so Dürmeier, und nicht Einzelpersonen. Vielfach arbeiten Lobbyisten, wenn es um besonders wichtige Entscheidungen geht, kampagnenartig mit PR-Agenturen und den berühmten „Denkfabriken“ zusammen, um in einer koordinierten Lobbying-Aktion unter Einbindung der Presse und wichtiger Politiker Entscheidungen zu beeinflussen, geschehen etwa beim Tabakwerbeverbot oder bei den CO₂-Grenzwertbestimmungen für Autos.

Ein klassischer Fall von Lobbyismus gestaltet sich etwa so: Eine Interessenvertretung oder ein großes Unternehmen will eine Entscheidung des EU-Parlamentes zu ihren Gunsten herbeiführen. Zunächst werden als Experten getarnte Lobbyisten auf Entscheidungsträger angesetzt, gleichzeitig PR-Kampagnen in den Medien gestartet, wobei sich zeigt, dass die meisten Journalisten hierbei ungleich leichter zu beeinflussen sind als die Parlamentarier. Nötigenfalls fabrizieren Thinktanks entsprechende Studien, und schließlich wird die ganze Angelegenheit für das Europäische Parlament so komplex, dass die Dinge in einen Expertenausschuss ausgelagert werden. Dort kommen die Lobbyisten erst recht zum Zug.

Lobbyismus wird bereits als „fünfte Macht“ im Staat gesehen, und das ist keinesfalls übertrieben. In der neoliberalen Ära der beiden Bush-Regierungen wurde Politik fast gänzlich nur mehr über Lobby-Gruppen, Thinktanks und „Unternehmensinitiativen“ gemacht. Wobei politisches Lobbying überhaupt ein Charakteris-



In Brüssel gibt es Schätzungen zufolge bis zu 20.000 Lobbyisten, von denen nur ein Bruchteil registriert ist. Die Beeinflussung von Entscheidungsträgern ist Tagesgeschäft. Foto: APA/Holzner

tikum des Neoliberalismus ist, da diese politische Strömung die unterschwellige Beeinflussung des Staates für weitaus zielführender hält als die demokratische Willensbildung. Aber auch sozialdemokratisch geprägte Bewegungen, die Gewerkschaften, Bürgerbewegungen und Arbeitnehmerorganisationen, üben sich in der Kunst des Lobbyings. Während die Beweggründe Letzterer im Politikprozess nachvollziehbar sind, ist es bei Ersteren immer eine Grauzone, wer welche Einflussnahme finanziert.

„Denkfabriken“ steuern

Die stockkonservativen US-Thinktanks von Harvard beispielsweise waren maßgeblich am Entwurf der Golfkriege und des Irakkriegs mitbeteiligt, etwa die geheimnisvolle Rand Corporation, eine „Non-Profit-Or-

ganisation“, der politische Größen wie Donald Rumsfeld und Condoleezza Rice entsprungen sind. Andere Großlobbyisten in den USA sind Mitarbeiter des Investment-Riesen Goldman Sachs, die überall ihre Finger im Spiel haben, wo es nach Geld riecht. Viele ehemalige Goldman-Sachs-Mitarbeiter sind bei der Federal Reserve Bank tätig und gestalten die Geldpolitik im Sinne des Investment-Hauses mit.

Ein Beispiel für intensives Lobbying in der EU ist sicherlich die Einflussnahme der Autokonzerne, wie sich zuletzt anhand der „Rettung“ von Opel gezeigt hat. Während die wirtschaftliche Vernunft gebieten würde, diese Automarke im Sinne der Marktberreinigung kurz und schmerzlos von der Bildfläche verschwinden zu lassen, haben sich massive Lobby-

ing-Kräfte dafür eingesetzt, den Patienten weiter am Tropf hängen zu lassen, wobei hier die erklecklichen Staatszuschüsse im Falle eines Verkaufs gemeint sind.

Ein aktuelles Beispiel ist ein augenscheinlicher Lobbying-Skandal rund um die Biosprit-einführung in Deutschland: Lobby Control hat aufgedeckt, dass ein Biosprit-Verein, der für die Interessen der Industrie arbeitete, sich einer Lobbying-Agentur bediente, die gezielt Leserbriefe in überregionalen Tageszeitungen und auch wichtigen Web-Portalen platzierte, um die öffentliche Meinung für Biosprit zu beeinflussen. Zudem wurden Umfragen in Auftrag gegeben und Politiker direkt beeinflusst. Schließlich trat auch zutage, dass eine Lobby-Organisation sogar eine Ministeriums-website für Biosprit betrieb.